

Prüfbericht
gemäß § 3 und § 5 der Geschäftsordnung
für den Stadtrechnungshof

betreffend die

HLH Hallenverwaltung GmbH Gebarung und Jahresabschluss zum 31. Dezember 2009

Der vorliegende **Prüfungsbericht** wird dem **Aufsichtsrat** sowie dem **Kontrollausschuss des Gemeinderates** der Stadt Graz fristgemäß zugeleitet und anschließend in öffentlicher Sitzung des Gemeinderates, als oberstem Organ des Eigentümers behandelt.

Jene Mitglieder des Aufsichtsrates, die der **Gesellschaftersphäre des Landes Steiermark** zugehören, werden ersucht, den **Bericht den zuständigen Stellen der Landesverwaltung zur weiteren Behandlung** zuzuleiten.

**StRH – GZ 4311/2010
Graz, am 18. Mai 2010**

Prüfungsleitung: Mag^a Katharina RIEL

Stadtrechnungshof der Landeshauptstadt Graz
A-8011 Graz
Tummelplatz 9

Diesem Prüfbericht liegt der Informationsstand vom 18. Mai 2010 zugrunde.

Inhaltsverzeichnis:

1.	Gegenstand und Umfang der Prüfung	3
1.1.	Auftrag und Überblick.....	3
1.2.	Ziele des Prüfauftrages	4
1.3.	Zur Untersuchung herangezogene Unterlagen	4
1.4.	Auskunftspersonen und Berichtserfordernisse	4
2.	Rechtlicher und finanzieller Gesamtüberblick.....	5
2.1.	Gesellschaftsrechtliche Verhältnisse	5
2.2.	Gesellschaftsrechtliche Entwicklung	6
2.3.	Steuerliche Verhältnisse.....	9
2.4.	Wirtschaftliche Verhältnisse	10
2.4.1.	Vermögens-, Finanz- und Ertragslage	10
2.4.2.	Wirtschaftliche Entwicklung der Gesellschaft.....	15
3.	Berichtsteil.....	19
3.1.	Umfang der Prüfungshandlungen	19
3.2.	Ergebnis der Prüfung.....	20
3.2.1.	Gesellschaftsrechtliche und steuerliche Grundlagen.....	20
3.2.2.	Miet- und Vermietungsverträge – Prüfung der Mieterträge.....	21
3.2.3.	Zuschussvereinbarungen mit Bund, Land und Stadt Graz.....	22
3.2.4.	Prüfung der Bilanzposten	23
3.3.	Rechnungswesen der Gesellschaft	29
3.4.	Internes Kontrollsystem – Management	29
4.	Zusammenfassung und Schlussbemerkungen	31
4.1.	Rechnungswesen	31
4.2.	Jahresabschluss	31
4.3.	Stellungnahme.....	32

Beilagenverzeichnis:

Beilage

Jahresabschluss zum 31. Dezember 2009 der geprüften Gesellschaft

I

Disclaimer

Dieser Bericht ist ein **Prüfungsbericht im Sinne des § 16 der Geschäftsordnung für den Stadtrechnungshof der Stadt Graz** (in der Folge: GO-RH). Er kann personenbezogene Daten im Sinne des § 4 des Datenschutzgesetz 2000 (in der Folge: DSG 2000) enthalten und dient zur **Vorlage an den Kontrollausschuss der Stadt Graz** im Sinne des § 17 GO-RH.

Die **Beratungen und die Beschlussfassung über diesen Bericht** erfolgen gemäß § 37 Abs 9 des Statut der Landeshauptstadt Graz 1967 (in der Folge: Statut) in **nichtöffentlicher und vertraulicher Sitzung**.

Die **Mitglieder des Kontrollausschusses** wurden daran erinnert, dass sie im Sinne der §§ 17 und 47 Statut der Landeshauptstadt Graz die **Verschwiegenheitspflicht** wahren und die in den Sitzungen des Kontrollausschusses zu Ihrer Kenntnis gelangten Inhalte **vertraulich behandeln** werden.

Eine hinsichtlich der datenschutzrechtlichen Einschränkungen **anonymisierte Fassung** dieses Berichtes ist **ab dem Tag der Vorlage an den Kontrollausschuss** im Internet unter <http://stadtrechnungshof.graz.at> abrufbar.

Der Stadtrechnungshofdirektor

Dr. Günter Riegler

1. Gegenstand und Umfang der Prüfung

1.1. Auftrag und Überblick

Mit Vorliegen des vorläufigen Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2009 der

HLH Hallenverwaltung GmbH

veranlasste der Stadtrechnungshofdirektor, in **sinngemäßer Anwendung der Vorschriften des UGB** über die Abschlussprüfung eine **Prüfung der Ordnungsmäßigkeit und Rechtmäßigkeit des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2009 durchzuführen**. Diese Prüfung soll **nach der Art einer unternehmensrechtlichen Abschlussprüfung** sicherstellen, dass die Wertansätze und Ausweise im Jahresabschluss den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung entsprechen und ein **möglichst getreues Bild der Vermögens-/Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft** vermitteln.

Festzuhalten ist, dass die **Gesellschaft gemäß § 268 Abs 1 UGB nicht prüfungspflichtig** ist, und die Prüfung daher eine **freiwillige Abschlussprüfung** ist.

Gemäß den im Grazer Stadtstatut sowie in der Geschäftsordnung für den Stadtrechnungshof umschriebenen Aufgaben erstreckt sich die **Prüfung durch den Stadtrechnungshof** neben der **ziffernmäßigen Richtigkeit** unter anderem auch auf die **Übereinstimmung mit den bestehenden Vorschriften**, wozu auch die **Rechnungslegungsvorschriften** des UGB gehören.

Aus den vorstehend genannten Gründen und um eine Doppelprüfung bei einer gesetzlich nicht prüfungspflichtigen Gesellschaft zu vermeiden, wurde **für den Jahresabschluss des Geschäftsjahres 2008 eine Prüfung durch einen Wirtschaftsprüfer oder eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft iSd § 271 UGB nicht in Auftrag gegeben** und erfolgt eine sinngemäße Prüfung durch den Stadtrechnungshof. Dies erfolgte in Abstimmung mit dem **Aufsichtsrat**.

Der Stadtrechnungshof hat die **amtswegige Prüfung** im Mai 2010 **durchgeführt**.

Die **Prüfungsleitung** wurde bei diesem Prüfprojekt von Mag.a Katharina RIEL wahrgenommen.

2. Rechtlicher und finanzieller Gesamtüberblick

2.1. Gesellschaftsrechtliche Verhältnisse

Gründung:	Erklärung über die Errichtung der Gesellschaft mit Notariatsakt vom 02.07.1975 Ersteintragung am 18.07.1975 (LG f. ZRS Graz HRB 969)
Änderungen des Gesellschaftsvertrages:	Gesellschaftsvertrag vom 2. Juli 1975 Neufassung des Gesellschaftsvertrages – Generalversammlungsbeschluss vom 17. November 2006 Änderung des Gesellschaftsvertrages im Punkt „Neuntens“ – Aufsichtsrat – Generalversammlungsbeschluss vom 26. September 2007
Geschäftsordnung:	Für die Geschäftsführung: Leermeldung Für den Aufsichtsrat: Beschlussfassung 4. Mai 2009 (Diskussion u. Annahme bereits in III. AR vom 14.04.2007)
Firma:	HLH Hallenverwaltung GmbH (vorm. Steirischer Herbst Veranstaltungsgesellschaft mbH)
Firmenbuch:	Landesgericht Graz als Handelsgericht, FN 58247 h
Gegenstand:	<ul style="list-style-type: none">• Verwaltung und Betrieb von Veranstaltungsräumen (Helmut List Halle)• Planung und Durchführung von Veranstaltungen (Betrieb der Helmut List Halle)• Führung von Unternehmen gleicher oder ähnlicher Art sowie Beteiligungen an solchen, soweit dies der Gesellschaftszweck erfordert
Geschäftsjahr:	Kalenderjahr
Stammkapital:	EUR 36.336,42
Gesellschafterliste:	Stadt Graz, Anteile von EUR 12.112,14 (33,3 %) Land Steiermark, Anteile von EUR 24.224,28 (66,6 %)
Größenklasse:	Kleine Kapitalgesellschaft (§ 221 Abs 3 HGB)
Geschäftsführung:	Seit 31.03.2005 Mag. Erwin Hauser selbständig
Prokura:	Seit 20.10.2009 Dr. Gunter Kögl (Prokurist) gemeinsam mit einem Geschäftsführer

Aufsichtsrat: Aufsichtsrat mit fünf Mitgliedern
(FB-Stand: 21.4.2010) Hofrat Dr. Ludwig Sik (Aufsichtsratsvorsitzender)
Mag. Martin Titz (Stellvertreter des Vorsitzenden)
Dr. Franz Gölles
Mag. Bernhard Rinner
Bernhard Hadler

Die Änderung des Gesellschaftsvertrages mit Generalversammlungsbeschluss vom 26. September 2007 betraf den Aufsichtsrat. Dieser hat sich eine Geschäftsordnung zu geben.

2.2. Gesellschaftsrechtliche Entwicklung

Im **Jahr 1974** wurde ein **Übereinkommen zwischen Land Steiermark und Stadt Graz**, mit dem Zweck, jährlich gemeinsam das Festival „Steirischer Herbst“ zu veranstalten, abgeschlossen. Zur Koordination der gemeinsamen Interessen zwischen den beiden Vertragspartnern wurde eine **Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GesbR)** gegründet.

Mit **Gesellschaftsvertrag vom Juli 1975** wurde die „Steirischer Herbst Veranstaltungsgesellschaft m.b.H.“ gegründet. Der Gegenstand des Unternehmens ist die Durchführung von kulturellen Veranstaltungen, kreativer und reproduzierender Art, im Rahmen des Steirischen Herbstes. Seit April 1976 war der Verein „Freunde des Steirischen Herbst“ alleiniger Gesellschafter.

Im **Frühjahr 2006** wurde die Organisation des Steirischen Herbstes auf eine **neue rechtliche Basis** gestellt, die eine Umstrukturierung der gesellschaftsrechtlichen Grundlagen zur Folge hatte.

Die GesbR zwischen der Stadt Graz und dem Land Steiermark wurde per 31. Dezember 2005 aufgelöst. Die **Anteile an der Steirische Herbst Veranstaltungsgesellschaft m.b.H.** wurden mittels Abtretungsvertrag vom Verein Freunde des Steirischen Herbstes ab 1. Jänner 2005 **zu einem Drittel an die Stadt Graz** und **zu zwei Dritteln an das Land Steiermark** übertragen.

Weiters wurde die **SH Kulturveranstaltungsgesellschaft m.b.H.** mit dem gleichen Beteiligungsverhältnis im **Frühjahr 2006 neu gegründet**. Gegenstand dieses Unternehmens ist die Planung und Durchführung von kulturellen Veranstaltungen im Rahmen des Steirischen Herbstes.

Somit **verbleibt in der historischen Gesellschaft der Betrieb der angemieteten Helmut-List-Halle** – die Steirische Herbst Veranstaltungsgesellschaft m.b.H. verbleibt als Betreibergesellschaft für das Festival.

Die **erste bzw. konstituierende Sitzung des Aufsichtsrates** wurde am **21. Dezember 2006** abgehalten.

Die **zweite (vierteljährliche) Aufsichtsratssitzung** fand am **31. Jänner 2007** statt. In dieser Sitzung wurde u.a. der Entwurf zur Geschäftsordnung diskutiert. Nach Begutachtung durch die Eigentümer wurde die Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat im Frühjahr 2009 beschlossen.

Als ein **wesentlicher Beschluss der insgesamt vier im Jahr 2009 abgehaltenen Aufsichtsratssitzungen** ist die **Erteilung der Prokura** zu nennen. Darauf wird weiter unten noch näher eingegangen.

Übersicht über die im **Jahr 2009 abgehaltenen Aufsichtsratssitzungen und die Tagesordnungspunkte:**

2. Februar 2009: XII. Aufsichtsratssitzung
Forecast Ergebnis 2008
Mittbewerberanalyse der anderen Veranstaltungshäuser und Entwicklungen auf dem Veranstaltungsmarkt Graz
Erteilung der Prokura an Dr. Gunter Kögl (Technischer Leiter HLH)
Allfälliges
a) Status Projekt „Raika-Wiese“
b) Cirque Noel
c) Nichtraucher-Verordnung
4. Mai 2009: XIII. Aufsichtsratssitzung
Präsentation der Auslastungsstatistik 2008
Quartalsreport 1.Q./2009
Eingliederung der HLH Hallenverwaltung in die MCG
Beschlussfassung über die Geschäftsordnung des Aufsichtsrates der HLH Hallenverwaltung GmbH
Diskussion über Maßnahmen zum Erhalt der Parkmöglichkeit im Umfeld der HLH
Präsentation des Prüfberichtes des Jahresabschlusses 2008 des Stadtrechnungshofes Graz
Allfälliges
a) Mitarbeiter
b) Security Service
c) Rückabwicklung Herr Rothschädl/ Fa. CCM
1. Oktober 2009: XIV. Aufsichtsratssitzung
Quartalsreport 2.Q./2009 bzw. Forecast 08/2009
Mittelfristplanung 2010 - 2012
Information über die Prüfung der HLH Hallenverwaltung durch den Bundesrechnungshof (Prüfung des Personalaufwandes)

Abschluss der GPLA (Gemeinsame Prüfung der lohnabhängigen Abgaben) des Finanzamtes Graz-Stadt und der GKK Steiermark
Anschaffung eines neuen Lagerzeltes
Allfälliges
a) Mitarbeiter
b) Styriarte
c) Absage Cirque Noel (CN)
d) Bericht Anrainerfest
e) Parkplatz

9. Dezember 2009: XV. Aufsichtsratssitzung
Quartalsreport 3.Q./2009 bzw. Forecast 10/2009
Präsentation Budget 2010
Anschaffung Lagerzelt
Allfälliges
a) Betriebsprüfung
b) Szenario > 2012
c) Rückkehr Mitarbeiterin Stockklauer

Die **Generalversammlung** erteilte mittels **Umlaufbeschluss**, der die **Genehmigung des Jahresabschlusses** und die **Verwendung des Bilanzergebnisses** umfasste, der **Geschäftsführung** und dem **Aufsichtsrat für das Jahr 2008** die **Entlastung**.

Das **Bilanzergebnis des Jahres 2008** wurde **auf neue Rechnung vorgetragen**. Dieser Umlaufbeschluss wurde vom jeweiligen Eigentümervertreter des Landes Steiermark und der Stadt Graz gezeichnet.

Die Gesellschafter stimmten der **Bestellung von Herrn Dr. Kögl zum Prokuristen** der Gesellschaft im Rahmen einer Gesamtprokura zu.

Die **jährliche Beschlussfassung nach § 30k Abs 2 GmbHG** („Bericht des Aufsichtsrates an die Generalversammlung über die Prüfung des Jahresabschlusses“) ist **schriftlich** erfolgt.

2.3. Steuerliche Verhältnisse

Finanzamt / Steuernummer:	Graz-Stadt / St Nr 974/5909, Finanzamt Graz-Umgebung (Gebühren u. Verkehrssteuern) / St Nr 620/3149
UID Nummer:	ATU28638604
Steuerliche Vertretung:	Dr. Binder & Co Wirtschaftsprüfungs- u. Steuerberatungsgesellschaft m.b.H 8010 Graz, Neufeldweg 93
Veranlagungsstand:	Körperschaftsteuer 2008 veranlagt (Bescheid vom 6. Oktober 2009) Umsatzsteuer 2008 veranlagt (Bescheid vom 6. Oktober 2009)
Offene Rechtsmittel:	nach den uns vorgelegten Unterlagen: keine
Betriebsprüfung:	KöSt, USt, für 2000 bis 2002 (Bei Körperschaftsteuer feststellungslos; Feststellungen bei Umsatzsteuer) Nachschau 2/2003 – 9/2004 Von Dezember 2008 bis Juni 2009 wurde eine Prüfung der lohnabhängigen Abgaben für den Zeitraum 2003 - 2007 durch die Stmk. GKK durchgeführt; Ergebnis: Nachverrechnungen von Kommunalsteuer und Lohnsteuer. Im Dezember 2009 wurde die Außenprüfung durch das Finanzamt Graz-Stadt abgeschlossen, Gegenstand der Prüfung waren die Umsatzsteuer, Kapitalertragsteuer, Körperschaftsteuer, Kammerumlage, Zusammenfassende Meldung und Werbeabgabe jeweils für den Zeitraum 2006 – 2008; Ergebnis: feststellungslos
Wesentliche Unterschiede Handels- und Steuerbilanz:	Lediglich betreffend die Abfertigungsrückstellungen (§ 14 EStG) und die Rückstellungen aus rechtlichen Verpflichtungen
Organschaftsverhältnisse:	Keine
Verlustvorträge nach Veranlagung:	Rd 2,52 Mio EUR (Veranlagungen bis 2008); gem. Körperschaftssteuerbescheid 2008 steht eine verrechenbare Mindestkörperschaftssteuer i. H. v. EUR 18.103,65 für die nächsten Veranlagungsjahre zur Verfügung
Einlagenevidenzkonto:	Wurde keiner Prüfung unterzogen

Die KöSt-Erklärung und USt-Erklärung für das Jahr 2009 wurde vom Steuerberater erstellt und liegen als Entwurf vor.

2.4. Wirtschaftliche Verhältnisse

2.4.1. Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Bilanzen 2009 und 2008	31.12.2009 EUR	31.12.2008 EUR	Veränderung EUR	Veränderung %
Aktivseite				
A. Anlagevermögen				
Immaterielle und Sachanlagen	636.322,97	805.959,16	-169.636,19	-21,05
Finanzanlagen	5.171,69	5.171,69	0,00	0,00
	641.494,66	811.130,85	-169.636,19	-20,91
B. Umlaufvermögen				
Lieferforderungen	54.900,51	123.494,15	-68.593,64	-55,54
Sonstige Forderungen	23.870,88	20.058,21	3.812,67	19,01
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	341.133,54	332.654,07	8.479,47	2,55
	419.904,93	476.206,43	-56.301,50	-11,82
C. Rechnungsabgrenzungsposten				
Verschiedene	1.320,00	3.620,00	-2.300,00	-63,54
Summe Aktivseite	1.062.719,59	1.290.957,28	-228.237,69	-17,68
Passivseite				
A. Eigenkapital				
Stammkapital	36.336,42	36.336,42	0,00	0,00
Bilanzergebnis	0,00	-34.747,45	34.747,45	-100,00
Kapitalrücklagen	36.202,09	3.588,08	32.614,01	908,95
	72.538,51	5.177,05	67.361,46	1.301,16
B. Investitionszuschüsse				
	622.112,21	788.786,40	-166.674,19	-21,13
C. Rückstellungen				
	243.783,51	266.199,00	-22.415,49	-8,42
D. Verbindlichkeiten				
aus Lieferungen und Leistungen	97.837,01	192.228,19	-94.391,18	-49,10
Sonstige	26.448,35	28.366,64	-1.918,29	-6,76
	124.285,36	220.594,83	-96.309,47	-43,66
davon aus Steuern	4.613,04	5.050,67	-437,63	-8,66
davon im Rahmen der sozialen Sicherheit	8.435,31	8.507,95	-72,64	-0,85
E. Rechnungsabgrenzungsposten				
	0,00	10.200,00	-10.200,00	-100,00
Summe Passivseite	1.062.719,59	1.290.957,28	-228.237,69	-17,68

Die **Vermögensbindung im Anlagevermögen** geht im Ausmaß der jährlichen Abschreibungen sukzessive **zurück**; **Investitionen** ins Anlagevermögen werden nur in **geringfügigem Ausmaß** getätigt.

Der wesentliche Teil des Umlaufvermögens entfällt auf die vorhandene **Liquidität**.

Im **Jahr 2009** wurde die jährliche Basisförderung der Gesellschafter nicht vollständig verbraucht und wurde daher die Kapitalrücklage aufgestockt. Daraus resultiert eine Verbesserung der Eigenmittelquote.

Die **Rückstellungen** betreffen zu wesentlichen Teilen **rechtliche Verpflichtungen** gegenüber dem Vermieter.

Ertragslage

	2009 EUR	2008 EUR	Veränderung EUR	Veränderung %
Umsatzerlöse	811.566,43	757.023,18	54.543,25	7,20
Sonstige betriebliche Erträge	245.194,10	246.878,50	-1.684,40	-0,68
Summe Erträge	1.056.760,53	1.003.901,68	52.858,85	5,27
Materialaufwand, bezogene Leistungen	-204.014,01	-221.283,56	17.269,55	-7,80
Personalaufwand	-400.393,34	-382.252,80	-18.140,54	4,75
Abschreibungen	-203.994,18	-218.242,01	14.247,83	-6,53
Sonst. betriebl. Aufwendungen	-693.635,16	-699.297,79	5.662,63	-0,81
Summe Betriebsaufwendungen	-1.502.036,69	-1.521.076,16	19.039,47	-1,25
Betriebsergebnis	-445.276,16	-517.174,48	71.898,32	-13,90
Finanzergebnis	2.001,54	8.982,53	-6.980,99	-77,72
EGT	-443.274,62	-508.191,95	64.917,33	-12,77
Steuern vom Einkommen	-1.750,00	-1.750,00	0,00	0,00
Jahresfehlbetrag	-445.024,62	-509.941,95	64.917,33	-12,73
Auflösung von Kapitalrücklagen	479.772,07	509.941,95	-30.169,88	-5,92
Jahresgewinn	34.747,45	0,00	34.747,45	x
Verlustvortrag aus dem Vorjahr	-34.747,45	-34.747,45	0,00	0,00
Bilanzergebnis	0,00	-34.747,45	34.747,45	-100,00

Gesamtanalyse der Erfolgsrechnung:

Gegenüber 2008 wurde das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit um TEUR 65 verbessert; ein Teil dieser Verbesserung (TEUR 35) entfällt auf die Ausbuchung von Altverbindlichkeiten aus der Zeit vor der Restrukturierung (enthalten in den sonstigen betrieblichen Erträgen). Darüber hinaus konnten die Weiterverrechnungen von Aufwendungen an Mieter verbessert werden.

Die Verbesserung im Umsatz (TEUR 54) entfällt mit TEUR 30 aus Mehrumsätzen bei Fremdvermietungen.

Die Produktivität konnte 2009 gesteigert werden.

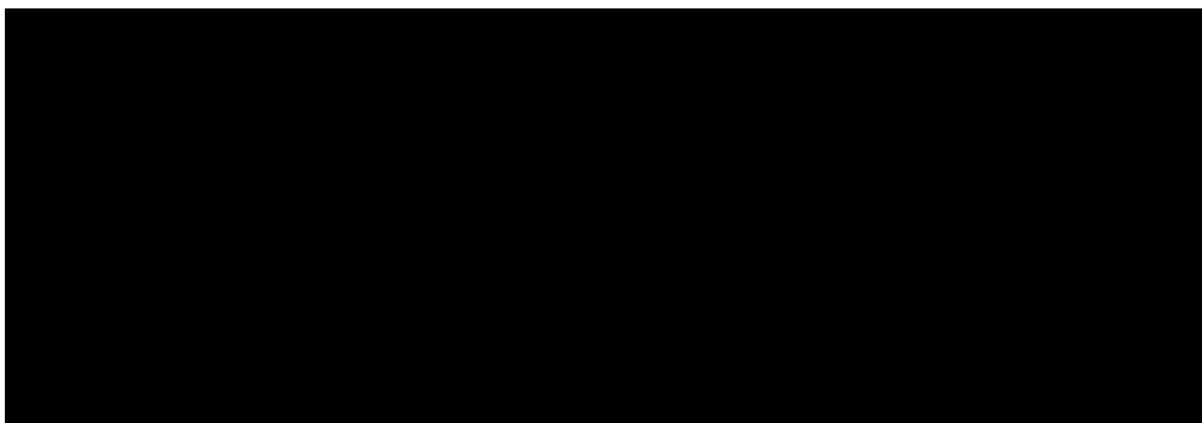
Die Basisförderung der Gesellschafter – dargestellt als Auflösung von Kapitalrücklagen – wurde daher nicht zur Gänze verbraucht und wurde daher das Eigenkapital aufgestockt (siehe oben die Ausführungen zur Bilanz).

Einzelheiten zur Erfolgsrechnung:

Umsatzerlöse:

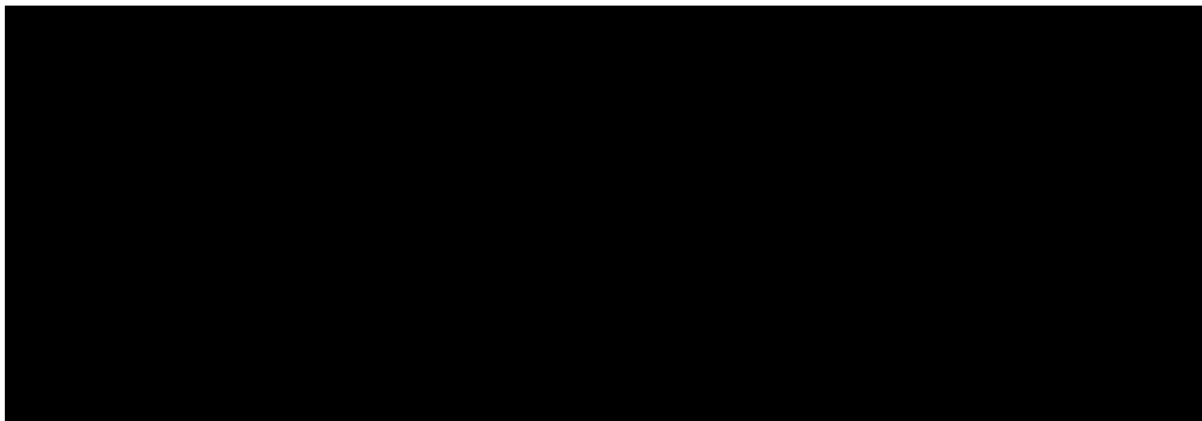
In den Umsatzerlösen sind hauptsächlich Mieterlöse und die Weiterverrechnung des veranstaltungsspezifischen Aufwandes aus dem Hallenbetrieb enthalten. Die **Erlöse aus dem Hallenbetrieb** sind **im Vergleich zum Jahr 2008 gestiegen**, wobei die Steigerung bei den Fremdmietern zu verzeichnen ist. Als Fremdmietler sind jene Vertragspartner zu sehen, die in keiner ständigen vertraglichen Geschäftsbeziehung zur Gesellschaft stehen.

Die **Aufteilung der Umsatzerlöse** setzt sich für 2009 im Vergleich zu 2008 wie folgt zusammen:



Aus der Vermietungstätigkeit der Halle und Weiterverrechnung des Aufwandes zur jeweiligen Bespielung der Halle wurden insgesamt 92,6 % Erlöse erzielt. Durch die Gastronomie-/Cateringverpackung wurden im Jahr 2009 4,6 % des Gesamtumsatzes erwirtschaftet.

Nachfolgende Tabelle stellt die **Umsatzaufteilung aus der Vermietungstätigkeit** dar:



Die **Erlöse aus Fremdmieten** setzen sich aus unterschiedlichen Veranstaltungen mit unterschiedlicher Mietdauer zusammen, wobei auch zu beachten ist, dass die Halle in verschiedenen Modulen angemietet werden kann. D.h. Teilanmietungen für beispielsweise nur das Foyer und auch Anmietungen der gesamten Halle sind möglich. Auf die einzelnen Arten der Veranstaltungen und Auslastungen wird im Kapitel „Wirtschaftliche Entwicklung“ näher eingegangen.

Sonstige betriebliche Erträge:

In dieser Position ist insbesondere die Ausbuchung von Alterverbindlichkeiten in Höhe von TEUR 35 enthalten.

Personalaufwand:

In den Aufwendungen für gesetzlich vorgeschriebene Sozialabgaben sowie vom Entgelt abhängige Abgaben und Pflichtbeiträge sind als Ergebnis der GPLA-Prüfung 2003 – 2007 Nachverrechnungen von Lohnsteuer, Dienstgeberbeiträgen, Zuschlägen zum Dienstgeberbeitrag und Kommunalsteuer von insgesamt TEUR 16,3 enthalten. Darauf wird im Berichtsteil näher eingegangen.

2.4.2. Wirtschaftliche Entwicklung der Gesellschaft

2.4.2.1. Umsatzentwicklung

Um eine **höhere Auslastung der Helmut-List-Halle** erzielen zu können, wurde im Jahr 2006 durch den Geschäftsführer der **Mietvertrag mit der AVL List GmbH bzgl. des Verwendungszwecks nochmals verhandelt**. Es konnte eine **Erweiterung beim Spektrum der möglichen durchzuführenden Veranstaltungen** (u.a. Ballveranstaltungen, Firmen- und Produktpräsentationen) erzielt werden.

Nachfolgende Tabelle zeigt die **Erhöhung der Anzahl der Veranstaltungen**:

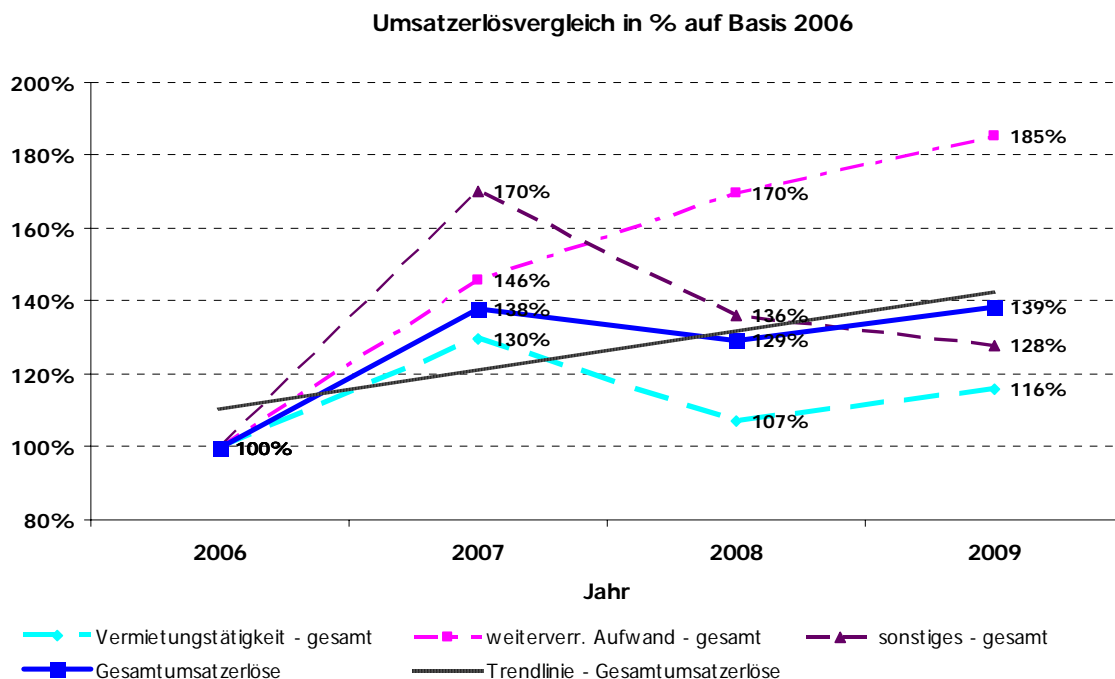
Veranstaltungsart	Jahr 2006	Jahr 2007	Jahr 2008	Jahr 2009
Ball, Gala, Feier	10	18	17	19
(Klassisches) Konzert (Styriarte)	21	20	23	25
Pop, Rock, Clubbing, Party	8	10	7	11
Individuell (SH)	12	16	9	5
Präsentation/Kongress	12	12	13	15
Film	0	3	2	3
Literatur	0	1	0	0
(Musik-)Theater/Kabarett	2	3	2	2
Tanz	0	0	0	3
GESAMT	65	83	73	83

Quelle: Veranstaltungsauswertung HLH GmbH

Die **Auslastung stieg im Jahr 2009 im Vergleich zum Jahr 2008 um 13,7 %**, obwohl bei den „Fixmieterinnen“ (AVL, steirischer herbst, Styriarte) keine Veränderung erfolgte. Die **Anzahl und auch die Arten an Veranstaltungen konnte im Jahr 2009 ausgeweitet** werden.

An den **außergewöhnlichen Trend** des Jahres 2007 **bei den Umsatzerlösen** konnte, nach dem Einbruch des Jahres 2008, **im Jahr 2009 wieder angeschlossen werden**. Diese positive Entwicklung wird u.a. durch den geringeren zeitlichen Bedarf bei den Vorarbeiten der Styriarte im Vergleich zum Jahr 2008 bedingt.

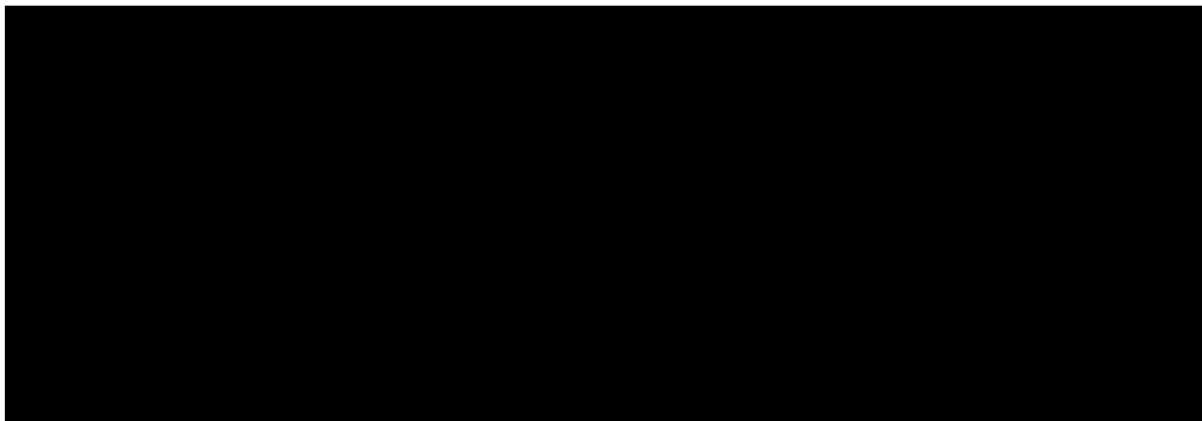
Diesen weiterhin anhaltenden positiven **Trend** soll die **nachfolgende Graphik** verdeutlichen.



Wie aus obiger Graphik ersichtlich ist, steigen die Umsatzerlöse aus Vermietungstätigkeit und aus dem weiterverrechneten Aufwand kontinuierlich an. Die sonstigen Umsatzerlöse, die im wesentlichen die Pächterlöse für die Gastronomie enthalten, sind in absoluten EURO-Werten gesehen gleichbleibend aber in der anteiligen Betrachtung zu den Gesamterlösen gesehen rückläufig. D.h. die Erlöse aus der Vermietungstätigkeit für Veranstaltungen und der weiterverrechnete Aufwand steigen wesentlich rascher an als die Erlöse aus dem Dauerschuldverhältnis.

2.4.2.2. Weiterverrechnung von Aufwendungen

Nachfolgende Tabelle soll einen **vergleichenden Überblick über den Weiterverrechnungsgrad von Aufwendungen darstellen:**



Der **Grad der Weiterverrechnung** wird nachfolgend analysiert, in dem die bezogenen Leistungen in Relation zu den veranstaltungsspezifischen zugeordneten Aufwendungen, die den Mietern weiterverrechnet wurden, gesetzt werden.

So wird im Jahr 2009 ein Weiterverrechnungsgrad i. H. v. 103,77 % gem. der Berechnung durch die Geschäftsführung erreicht. Im Vergleich dazu liegt dieser bei gleicher Berechnung für die vorangegangenen Jahre unter 100 %.

Die Analyse bzw. die Kommentierung des Geschäftsführers dazu:

- *Es konnten erstmals auch Eigenleistungen der MitarbeiterInnen der HLH GmbH (hauptsächlich technischer Bereich) weiterverrechnet werden d.h. es wurden weniger Leistungen von Dritten zugekauft*
- *Weiters gelang es eine Optimierung bei den Veranstaltungen zu erreichen d.h. aufgrund der Aufeinanderfolge von artgleichen Veranstaltungen konnte der Umbauebedarf reduziert werden*

2.4.2.3. Sonstige geschäftliche Veränderungen im Jahr 2009

Die **allgemeine Finanzierung** des laufenden Geschäftsbetriebes **für das Jahr 2009** wird durch eine Finanzierungszusage i. H. v. TEUR 540 durch die beiden **Eigentümer gewährleistet** (GR-Beschluss v. 18.9.2008 GZ: A(30034/06-15, A16 – 30591/2005-22).

Für das **Projekt „Wintercircus“** fand im Jahr 2009 nicht in der HLH statt sonder im „Dom im Berg“. Dieses Angebot war für die Organisatoren mit den beinhalteten Gratistagen günstiger. Weiters wollte der Veranstalter eine **Risikobeteiligung durch die HLH**. Diese ist nicht möglich, daher erfolgte auch die **Absage für 2010**.

Die **Attraktivierung der „Raika-Wiese“** wurde durchgeführt. Die Wiese wird als Veranstaltungsort **gezielt angeboten** und **auf spezielle Anfragen** wird reagiert. Als Projekt im **Jahr 2009** ist der **Zirkus Knie** zu nennen. Aus dieser Vermietung wurden Erlöse i. H. v. TEUR 2,4 erwirtschaftet. **Im Jahr 2010** sind auf dem Areal **drei Veranstaltungen bereits fix** gebucht (Open air, Mittelalterfest, „Nachbarschaftsfest“ in Kooperation mit der Blaskapelle der Eisenbahn). Die Gespräche und Rückmeldungen ergeben lt. Mitteilung des Geschäftsführers, dass

die Attraktivierung der Wiese äußerst positiv angenommen wurde. Weiters wurde durch dieses Projekt die Attraktivität des Standortes der HLH deutlich verbessert und die gesamte Umgebung im Stadtteil aufgewertet.

Zur **Verbesserung der Parkplatzsituation** wurden mit der GBG und der GPG Gespräche geführt und eine neue Vereinbarung getroffen. Das neue Konzept der Bewirtschaftung des gegenüberliegenden kostenpflichtigen Parkplatzes wird **ab 1. November 2010 umgesetzt**.

Zum **Personal** ist anzumerken, dass nun eine Prokura erteilt wurde und dass im **technischen Bereich zwei Lehrlinge** ausgebildet werden.

3. Berichtsteil

3.1. Umfang der Prüfungshandlungen

Wir haben bei unserer Prüfung folgende Schritte durchgeführt:

- Prüfung der gesellschaftsrechtlichen und steuerlichen Grundlagen (inkl. Betriebsprüfungen)
- Prüfung der Miet- und Vermietungsverträge sowie der Zuschussvereinbarungen mit Bund, Land und Stadt Graz
- Prüfung des Anlagevermögens durch Einsichtnahme in das Inventarverzeichnis sowie stichprobenartige Prüfung von Zugangs-/Abgangsbelegen; eine stichprobenartige Besichtigung der Anlagen vor Ort haben wir am 12. Mai 2010 durchgeführt
- Prüfung der Werthaltigkeit von Kundenforderungen und sonstigen Forderungen anhand der vorgelegten OP-Listen, Wertberichtigungslisten und Zahlungsnachweise des Jahres 2009
- Prüfung der Bankguthaben/-verbindlichkeiten anhand von Bankbestätigungsschreiben
- Darstellung der liquiden Mittel
- Prüfung der Rückstellungen durch Einsichtnahme in die Berechnungsgrundlagen
- Prüfung der Liefer- und sonstigen Verbindlichkeiten anhand der OP-Listen und Zahlungsnachweise des Jahres 2009
- Prüfung der Gewinn- und Verlustrechnung anhand von stichprobenartigen Belegkontrollen
- Analyse des technischen Veranstaltungsaufwandes (Vergaben) – Zufallsauswahl von vier Projekten
- Analyse der elektronischen Aufzeichnung der Buchhaltung mit Standardprüfroutinen

3.2. Ergebnis der Prüfung

Anhand der nachfolgenden Erläuterungen werden unsere Erhebungen u. a. zu den Posten von Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang zusammengefasst.

3.2.1. Gesellschaftsrechtliche und steuerliche Grundlagen

Im Zuge der Prüfung der gesellschaftsrechtlichen Grundlagen wurde in den aktuellen Firmenbuchauszug und in den Gesellschaftsvertrag Einschau genommen. Weiters wurden die Aufsichtsratsprotokolle und die letzten Generalversammlungsbeschlüsse angefordert.

Der **Jahresabschluss 2008** wurde im September 2009, somit **fristgerecht**, beim Firmenbuch eingereicht.

Der im **Gesellschaftsvertrag angeführte Geschäftsgegenstand** entspricht des aufgrund der Neuausrichtung bzw. Umstrukturierung der rechtlichen Rahmenbedingungen des Steirischen Herbstes empfohlenen Sachverhalts (Gesellschaftsvertrag mit Generalversammlungsbeschluss vom 17. November 2006; Neufassung des Gesellschaftsvertrages).

Die **Eintragung des Aufsichtsrates in das Firmenbuch** erfolgte am 29. März 2007. Die seither abgehaltenen Aufsichtsratssitzungen wurden gesetzeskonform abgehalten. Eine genaue Übersicht über die Sitzungen des Jahres 2009 wurde bereits im Kapitel 2.2. Gesellschaftsrechtliche Entwicklung dargestellt.

Die geplante Stammkapitalerhöhung von EUR 36.336,42 auf EUR 36.600,- wurden noch nicht durchgeführt. Dazu erläutert die Geschäftsführung, dass die zum Zeitpunkt der Gesellschafterversammlung vorliegende Vollmacht der Vertreterin des Landes Steiermark, keine Ermächtigung zur Erhöhung des Stammkapitals enthielt. Aus diesem Grund konnte bei der Generalversammlung keine Erhöhung des Stammkapitals durchgeführt werden.

Die **Geschäftsordnung** für den **AR** wurde in der XIII. Aufsichtsratssitzung am 4. Mai 2009 beschlossen. Diese Geschäftsordnung ist von jedem Aufsichtsratsmitglied zum Zeichen der Kenntnisnahme zu unterfertigen. Die Unterschriften werden noch beigebracht.

Den **Aufsichtsratsprotokollen** ist zu entnehmen, dass die **zustimmungspflichtigen Geschäfte entsprechend behandelt** wurden.

Die **Bestellung des Prokuristen** erfolgte in der Aufsichtsratsitzung vom 2. Februar 2009.

Es wurde eine **Ersatzinvestition des Lagerzeltes** beschlossen. Der AR wurde in der Sitzung vom 1. Oktober 2009 über die unausweichliche umfassende Reparatur zur Erlangung der Abnahme durch den Gutachter informiert. Nach Prüfung der Optionen stimmte der AR einer Neuanschaffung des Zeltes zu. Die Investition soll durch den Verkauf eines Bösendorfer-Flügels, der kaum verwendet wurde, und des Überhanges aus 2009 finanziert werden. Der AR wird über die weitere Vorgehensweise bzgl. Verkauf und Kauf in der Sitzung vom 9. Dezember 2009 informiert.

Die **Rechtsvertretung der HLH-GmbH** bestätigt, dass lediglich im Bereich der Forderungen (Mahnklage, Exekution) zum Stichtag 31.12.2008 Verfahren anhängig sind. Darauf wird bei der Werthaltigkeit der Forderungen näher eingegangen.

Im Zuge der Prüfung der steuerlichen Grundlagen wurde in den KöSt-Steuerbescheid und in den USt-Steuerbescheid des Jahres 2008 Einsicht genommen.

Betriebsprüfungen:

Für die **GPLA-Prüfung** wurde ein **Prüfungszeitraum** vom **1.1.2003 bis zum 31.12.2007** festgelegt – diese Prüfung wurde 2009 abgeschlossen. **Gegenstand der Prüfung** waren die Beiträge zur **Sozialversicherung**, die **Lohnsteuer** und die **Kommunalsteuer**. Im Ergebnis dieser Prüfung kam es zu Nachverrechnungen von Kommunal- und Lohnsteuerbeträgen.

Vom **zuständigen Finanzamt** wurde weiters eine **Außenprüfung** im Jahr 2009 durchgeführt. Folgende Steuern wurden für die **Zeit von 2006 bis 2008** überprüft: **Umsatzsteuer, Kapitalertragsteuer, Körperschaftsteuer, Kammerumlage, zusammenfassende Meldung** und **Werbeabgabe**. Im **Ergebnis** dieser vorgenommen abgabenbehördlichen Prüfung haben sich **keine Feststellungen** ergeben.

3.2.2. Miet- und Vermietungsverträge – Prüfung der Mieterträge

Die im Mietvertrag und in den Zusätzen vereinbarten Modalitäten bzgl. des Mietzinses u.ä. finden sich in der laufenden Verbuchung des Mietaufwandes für die Helmut-List-Halle wieder.

Im Zuge der **Bewirtschaftung der Helmut-List-Halle** werden zur Umsatzerzielung **Vermietungsverträge für die Abhaltung verschiedener Veranstaltungen** abgeschlossen. Der Mieterlös und die weiteren Aufwendungen sowie die **Weiterverrechnung der Mietvertragsgebühr** erfolgt entsprechend.

Hierzu wurde in **vier verschiedene Veranstaltungen/Vermietungen** nach einer bewussten Auswahl Einsicht genommen.

Die Zuordnung der einzelnen Aufwendungen und die vertraglich vereinbarte Weiterverrechnung erfolgt **ordnungsgemäß**. Weiters sind die einzelnen Veranstaltungen im internen Rechnungswesen getrennt erfasst, sodass eine Nachkalkulation und eine Erfolgsermittlung jeder einzelner durchgeführt wird.

Der **Verkauf von Veranstaltungen** bzw. die Vermietung der Halle erfolgt zu festgesetzten kalkulierten Preisen. Ein nachträglicher Preisnachlass kann nur von der Geschäftsführung gewährt werden. Dies ist mittels Anmerkungen und Abzeichnungen durch den Geschäftsführer erfolgt bzw. werden die Preisnachlässe vom Geschäftsführer freigegeben und entsprechend dokumentiert.

3.2.3. Zuschussvereinbarungen mit Bund, Land und Stadt Graz

Es erfolgten die den Finanzierungszusagen der Eigentümer zu Grunde liegenden Zahlungen i. H. v. TEUR 540 als **Zuschuss zur Grundfinanzierung**, deren Aufteilung den Eigentumsverhältnissen entspricht.

Als Unterstützung für zweckgewidmete Veranstaltungen flossen Zuwendungen aus öffentl. Mitteln i. H. v. insgesamt TEUR 6,0. Diese waren für das Projekt „OFT – **Outdoor-FilmTage**“ vom Land Steiermark und Cinestyria als Film/Ressortförderung zur Verfügung gestellt worden.

3.2.4. Prüfung der Bilanzposten

Anlagevermögen

Sachanlagen

Zur Überprüfung des Anlagevermögens wurde am 12. Mai 2010 eine stichprobenmäßige Überprüfung bzw. Besichtigung der Anlagegüter vor Ort durchgeführt. Die Stichprobe wurde aus dem Anlageverzeichnis gezogen. Diese Überprüfung ergab, dass die in der Stichprobe enthaltenen Anlagegüter vor Ort besichtigt werden konnten.

Die Bewertung der Anlagegüter erfolgt zum Anschaffungswert, vermindert um jährliche Abschreibungen.

Eine genaue positionsweise Abstimmung des Inventarverzeichnisses mit dem Anlagevermögen wird zur Zeit durchgeführt.

Finanzanlagevermögen

Als Finanzanlagevermögen sind Wertpapiere für die Abfertigungsvorsorge verbucht. Der Auszug des Wertpapierdepots zum 31.12.2009 zeigt eine minimale Wertminderung die offensichtlich nicht von Dauer ist und für die das gemilderte Niederstwertprinzip als Kannbestimmung zur Anwendung kommt. D.h. Ansatz mit dem Anschaffungswert als Höchstwert. Die Bewertung erfolgt somit ordnungsgemäß.

Die Höhe der Wertpapierdeckung der Abfertigungsrückstellung ist gem. § 14 Abs 5 EStG zu bilden und nicht Gegenstand der handelsrechtlichen Prüfung.

Werthaltigkeit der Kundenforderungen

Die Forderungen haben gem. Anhangangaben eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr. Gem. der übermittelten und eingesehenen Offenen-Posten-Listen der Konten Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sind bis **Ende Februar 2010 ca. 38,33 % der gegenständlichen Forderungen eingegangen**. Für die verbleibenden Forderungen wurde bereits einerseits ein Zahlungsplan vereinbart bzw. sind andererseits bereits eingeklagt oder der Debitor im Konkurs. Die Forderungen wurden entsprechend **wertberechtigt**.

Die zum 31.12.2009 aushaftenden Forderungen wurden bei drei Debitoren im Ausmaß von 75 - 100 % einzelwertberichtigt (insgesamt gerundet TEUR 8,6).

Diese buchhalterische Darstellung eines Debtors wird durch die Rechtsvertretung der HLH-GmbH in einem Schreiben zu den laufenden Verfahren mit Stichtag 31.12.2009 bestätigt. Die Wertberichtigung der beiden anderen Debitoren ist aufgrund von werterhellenden Tatbeständen die nach dem Bilanzstichtag eingetreten sind, erforderlich geworden.

Eine pauschale Wertberichtigung wird nicht durchgeführt.

Bankguthaben/-verbindlichkeiten

Das Konto sowie das WP-Depot bei der Steiermärkischen Sparkasse gem. Jahresabschluss 2009 wurde mit den vorliegenden Bankbestätigungen abgestimmt und für in Ordnung befunden. Die Saldenbestätigung für das Cash-Pooling-Teilnehmerkonto bei der Bank Austria UniCredit Group wurde von der Grazer Unternehmensfinanzierungs GmbH ausgestellt

Eine Einsichtnahme in die Dokumente über der Kontostände (Kontoauszüge) der beiden Konten und des WP-Depots zum 31.12.2009 wurde durchgeführt. Die ausgewiesenen Werte entsprechen jenen der Bilanzansätze zum 31.12.2009.

Bezüglich der Zeichnungsberechtigungen ist festzuhalten, dass Herr Mag. Hauser als Geschäftsführer bei den mittels Bankbestätigungen abgefragten Konten der Gesellschaft einzelzeichnungsberechtigt ist.

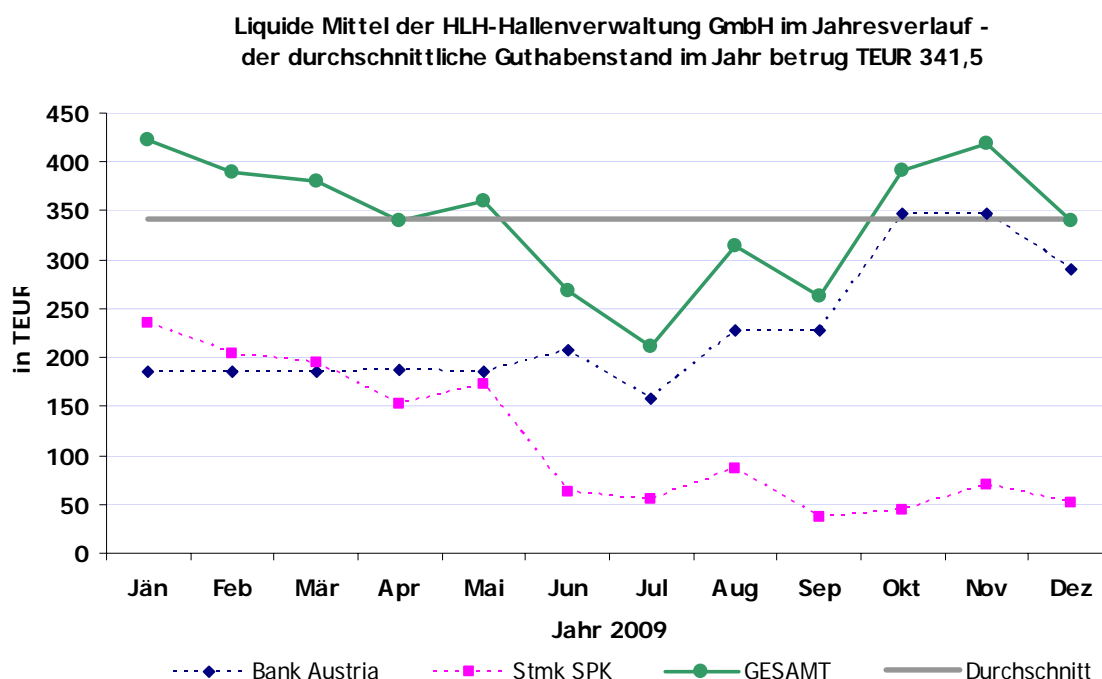
Im Bezug auf das gem. § 22 GmbHG geforderte interne Kontrollsystem erscheint es **empfehlenswert um das „Vier-Augen-Prinzip“ zu wahren**, keine Einzelzeichnungsberechtigung des Geschäftsführers anzustreben sondern zu **verankern, dass eine weitere Person hinzu zu ziehen** ist.

Eine Zeichnungsberechtigung für den Prokuristen wurde noch nicht veranlasst. Hier wurde eine andere Regelung getroffen. **Für den Anlassfall** einer längeren Vertretung des Geschäftsführers ist eine **Generalvollmacht vorbereitet**, die zur Zeit sicher verwahrt wird und dann nach einem speziellen Prozedere wirksam wird.

Darstellung der liquiden Mittel

Im Zuge der Überprüfung des Cash-Managements wurde auf die Bestände der liquiden Mittel näher eingegangen.

Die **Entwicklung der Kontostände** zum jeweils Monatsletzten zeigt folgendes Bild:



Wie aus der Graphik ersichtlich wird seit Mai 2009 der Hauptanteil am Konto des Cash-pools der Stadt Graz veranlagt und nur die für den täglichen Geschäftsbetrieb notwendigen Mittel am Arbeitskonto belassen.

Rückstellungen

Rückstellungen für Abfertigungen

Die Rückstellungen für Anwartschaften auf Abfertigungen sind vereinfachend in Höhe von 100 % der fiktiven Ansprüche zum Bilanzstichtag angesetzt.

Zum Stichtag 31.12.2009 bestehen Abfertigungsansprüche von drei Mitarbeiterinnen. Eine ist der HLH zugeordnet und zwei sind gem. Vereinbarung seit 1.1.2006 bei der steirischer herbst festival gmbH

beschäftigt. Genannte Vereinbarung sieht vor, dass die Haftung für die zum 31.12.2005 bestehenden Abfertigungsansprüche bei der HLH Hallenverwaltung GmbH verbleibt und auch von dieser zu ersetzen sind; diese Ansprüche sind als Verbindlichkeit bilanziert.

Die ausgewiesene Höhe der Abfertigungsrückstellung betrifft die Höhe der fiktiven Abfertigungsansprüche der einen verbliebenen Mitarbeiterin.

Gem. Vereinbarung besteht aber auch die Verpflichtung zur Übernahme der bis zum 31.12.2005 angefallenen Abfertigungsansprüche der per 1.1.2006 übergetretenen MitarbeiterInnen. Dieser Tatbestand ist bei der Bildung der Abfertigungsrückstellung 2009 nicht berücksichtigt worden, sondern als sonstige Verbindlichkeit verbucht worden, was als korrekte Darstellungsform erachtet wird.

Sonstige Rückstellungen

a) Rückstellungen f. Rechts- u. Beratungskosten

Dies betrifft die ordnungsgemäß erstellte Rückstellung in gleichbleibender Höhe für den jährlichen Rechts- u. Beratungsaufwand zur Erstellung des Jahresabschlusses.

b) Rückstellung für nicht konsumierte Urlaube und Rückstellungen für Gutstunden

Die Berechnung der Urlaubsrückstellung und der Rückstellung für Gutstunden wurde unter Berücksichtigung der Vorgriffe durchgeführt und entsprechend im Jahresabschluss erfasst.

In die entsprechenden Aufzeichnungen wurde Einsicht genommen. Die derzeit vorhandenen Urlaubsrückstände sind plausibel und bewegen sich in einem durchschnittlichen Ausmaß bzw. sind im Vergleich zum Vorjahr zurückgegangen. Die einzelnen Ansätze verteilen sich auf alle MitarbeiterInnen, sodass keine speziellen Abweichungen ersichtlich sind.

c) Sonstige Rückstellungen

Die sonstigen Rückstellungen betreffen

- die **rechtlichen Verpflichtungen der Halle bzw. die rechtlichen Verpflichtungen aus dem Mietvertrag bezüglich der Rückbauten in der Halle** u.ä.

- die **rechtlichen Verpflichtungen aus der prekaristischen Nutzung der angrenzenden Wiese „Raikawiese“** zur Wiederherstellung des ursprünglichen Zustandes,
- eine **Umsatzbonusbeteiligung** für Maturabälle.

Die **Rückstellung für die vertraglichen Verpflichtungen wurde im Jahr 2009 auf ein Maß von insgesamt TEUR 216,4 aufgestockt (Vorjahr: TEUR 208)**. Die Aufstockung betrifft, wie bereits oben bei der Bilanz erwähnt, die anteilige Abgeltung für die Maturaballveranstaltungen.

Liefer- und sonstige Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten haben gem. Anhangangaben eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr. Gem. der übermittelten und eingesehenen Offenen-Posten-Listen der Konten Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen aus dem Jahr 2009 sind bis zum März 2010 88,3 % der Verbindlichkeiten beglichen worden. Die **verbleibenden offenen Posten** betreffen den **technischen Aufwand** eines Lieferanten und den **Winterdienst**. Für den Winterdienst wurde ein **Leistungsnachweis angefordert**. Die Übermittlung erfolgte bis dato nicht.

Diverse **Offene Posten aus der Zeit vor der Neustrukturierung** wurden im laufenden Geschäftsjahr wegen Verjährung **erfolgswirksam ausgebucht**.

Die **sonstigen Verbindlichkeiten** betreffen im Wesentlichen die Abfertigungen für die übergetretenen MitarbeiterInnen (siehe oben Abfertigungsrückstellung). Diese wurden im vollen Ausmaß mit einer Höhe von TEUR 13,4 verbucht.

Da gem. der Vereinbarung die Steirischer Herbst Veranstaltungsgesellschaft m.b.H. nur unter gewissen Voraussetzungen den bis zum 31.12.2005 anerlaufenen Abfertigungsanspruch im Anlassfall zu tragen hat, ist das Bestehen einer 100%igen Verbindlichkeit gegenüber der SH Kulturveranstaltungsgesellschaft m.b.H. aus Vorsichtsgründen gegeben.

Aktive/Passive Rechnungsabgrenzungsposten

Die Rechnungsabgrenzungsposten wurden den buchhalterischen Regeln nach ordnungsgemäß gebildet.

Stichprobenartige Belegkontrollen

Im **Rahmen der Belegkontrollen wurde eine Auswahl** im Bereich des Anlagevermögens, der Kassa, sowie Stichproben von Belegen die der Gewinn- und Verlustrechnung zuzuordnen sind, getroffen. Die Zuordnung zu den einzelnen Konten sowie die Verbuchung dieser Belege erfolgte ordnungsgemäß.

Analyse des technischen Veranstaltungsaufwandes (Vergaben) – Zufallsauswahl von vier Projekten

Der Zukauf von technischen Leistungen erfolgt hauptsächlich bei den bereits beauftragten Unternehmungen. Dies wird durch die Kenntnis der in der Halle vorhandenen Anlagen und die bereits guten Erfahrungen der Zusammenarbeit begründet. Um jedoch nicht eine Monopolstellung der Lieferanten zu ermöglichen, werden lt. Auskunft der Geschäftsführung zur Sicherstellung der Verrechnung marktüblicher Preise in regelmäßigen Abständen Vergleichsanbote von anderen Firmen eingeholt.

Analyse der elektronischen Aufzeichnung der Buchhaltung mit Standardprüfroutinen

Die elektronischen Prüfroutinen haben bei den allgemeinen Feldstatistiken keine Abweichungen ergeben. Im Zuge der Lückenanalyse wurde festgestellt, dass das extrahierte Journal nicht konsistent ist (Software-Fehler). Durch den erforderlichen Rückschluss auf die vorliegenden Kontoblätter konnte die Ordnungsmäßigkeit der Buchhaltung nachgewiesen werden. Im Zuge der nochmaligen Analyse des neuerlich extrahierten Journals kam es zu keinen wie zuvor gemachten Feststellungen. Eine Analyse des Buchungserfassungsdatums war aufgrund des vorliegenden Datenmaterials nicht möglich, da dieser spezielle Datenstamm mit dem Buchungsjournal nicht übermittelt wurde.

Die **Gesamtbeurteilung der Aufzeichnungen** ergibt, dass die Buchhaltung **ordnungsgemäß geführt** wird.

3.3. Rechnungswesen der Gesellschaft

Die **Geschäftsfälle** werden durch teils manuell und teils automatisch erstellte Belege erfasst; die Belege werden über eine zentrale EDV-Anlage verarbeitet.

Die **Finanzbuchhaltung** sowie die Nebenbuchführungen werden unter Anwendung des Software-Programmes BMD Net Speed Professional „BIKO“ geführt.

Der **Kontenplan** ist auf die speziellen Erfordernisse des Unternehmens abgestimmt. Der Jahresabschluss konnte aus den Konten unmittelbar abgeleitet werden.

Die Belege sind nach systematischen und chronologischen Kriterien abgelegt und erläutern die Geschäftsfälle ausreichend.

Die **Buchungen** erfolgten im Geschäftsjahr zeitgerecht und vollständig; sie wurden systematisch richtig zugeordnet.

3.4. Internes Kontrollsystem – Management

Die einzelnen Ablaufprozesse zum laufenden Betrieb/zur Bewirtschaftung der Halle sind in einer schriftlichen Dokumentation zusammengefasst. Diese beinhaltet neben den einzelnen Verantwortlichkeiten auch die zu erledigenden Arbeitsschritte und die Delegation des Geschäftsführers. In die Dokumentation wurde vor Ort eingesehen.

Ein Punkt der Delegation ist die **Übertragung der Verantwortung** und Entscheidung bei technischen Zukäufen an den technischen Leiter in einem bestimmten Rahmen unter dem er frei verfügen kann.

Es werden mit den MitarbeiterInnen **jährliche Zielvereinbarungen** getroffen, die meist ein Sonderprojekt beinhalten, das der noch besseren Organisation und Effektivität zur Bewirtschaftung der Halle dienen soll. Die Ziele/Aufgaben werden von den MitarbeiterInnen und der Geschäftsführung gemeinsam entwickelt und festgelegt. So wurde beispielsweise von einer Mitarbeiterin ein Handbuch „file-maker“ zu dieser Software erstellt, damit jederzeit auch jemand anderer damit problemlos arbeiten kann. Bei den jährlichen Mitarbeitergesprächen werden auch die Zeiterfassungen herangezogen um die Zielerreichungen und die künftige Ausrichtung zu besprechen.

Trotz der Delegation und der verschiedenen Zielvereinbarungen verbleibt die **Endkontrolle bei der Geschäftsführung**.

4. Zusammenfassung und Schlussbemerkungen

Der **Stadtrechnungshof** hat den

Jahresabschluss 2009 der **HLH Hallenverwaltung GmbH**

geprüft, und gelangt zu **folgenden Ergebnissen**:

4.1. Rechnungswesen

Bei unseren Prüfungshandlungen stellten wir die **Einhaltung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung** fest. Die Buchhaltung erfolgte zeitgerecht und systematisch. Das Interne Kontrollsystem ist der Größe des Unternehmens entsprechend angemessen.

4.2. Jahresabschluss

Die Gliederung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung sowie die Bewertung der einzelnen Vermögensgegenstände und Schulden erfolgte unter **Beachtung der unternehmensrechtlichen Bestimmungen**. Erkennbaren Risiken wurde durch Abschreibungen, Rückstellungen und Wertberichtigungen ausreichend Rechnung getragen. Der Anhang enthält alle vom UGB geforderten Angaben.

4.3. Stellungnahme

Wir haben **amtswegig** eine **Prüfung der Ordnungsmäßigkeit und Rechtmäßigkeit**

des Jahresabschlusses 2009 der

HLH Hallenverwaltung GmbH

durchgeführt. Die Prüfungsergebnisse wurden im Bericht und in der Zusammenfassung ausführlich erläutert.

Der **beigefügte Jahresabschluss zum 31. Dezember 2009** vermittelt einen aussagekräftigen Überblick über die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft und wurde nach den geltenden bilanzrechtlichen Vorschriften und den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung aufgestellt.

Graz, am 17. Mai 2010

Stadtrechnungshof der Landeshauptstadt Graz

Mag^a. Katharina Riel
Prüfungsleiterin

Dr. Günter Riegler
Stadtrechnungshofdirektor

Beilage

Jahresabschluss zum 31. Dezember 2009

JAHRESABSCHLUSS

zum

31. Dezember 2009

HLH Hallenverwaltung GmbH

Graz

DR. BINDER & CO

WIRTSCHAFTSPRÜFUNGS- UND STEUERBERATUNGS-
GESELLSCHAFT MBH

Inhaltsverzeichnis

1. Auftrag	1
2. Rechtliche Verhältnisse	2
3. Bilanz	3
4. Gewinn- und Verlustrechnung	4
5. Anhang für das Geschäftsjahr 2009	5 - 9
5.1. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	5 - 6
5.2. Erläuterungen zu einzelnen Posten der Bilanz	7 - 8
5.3. Sonstige Pflichtangaben	9
<u>Beilagen</u>	
Anlagenspiegel	I
Rückstellungen	II

Die Geschäftsführung der

HLH Hallenverwaltung GmbH

Graz

hat die DR. BINDER & CO Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft mbH, Neufeldweg 93, 8010 Graz, beauftragt, den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2009 nach den Bestimmungen des Unternehmensgesetzbuches zu erstellen.

Der vorliegende Jahresabschluss (einschließlich Anhang) wurde aufgrund der vom Unternehmen (Geschäftsführung) übergebenen Unterlagen und erteilten Auskünften erstellt.

Eine Abschlussprüfung im Sinne der §§ 268 ff. UGB wurde von uns nicht durchgeführt.

Für die Durchführung des Auftrages sind im übrigen - auch im Verhältnis zu Dritten - die "Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftstreuhänder" in der Fassung 2009 maßgebend (abrufbar auf unserer Homepage www.binder-partner.com).

Bei der Summierung von gerundeten Beträgen und Prozentangaben können durch Verwendung automatischer Rechenhilfen rundungsbedingte Rechendifferenzen auftreten.

Firma: HLH Hallenverwaltung GmbH

Sitz: Graz

Geschäftsanschrift: 8020 Graz, Waagner-Biro-Straße 98a

Geschäftsjahr: 01.01.2009 bis 31.12.2009

Rechtsform: Gesellschaft mit beschränkter Haftung

Firmenbuch: LG für Zivilrechtssachen Graz
58247h

Stammkapital: EUR 36.336,42

Gesellschafter:

Name	Anteil am Unternehmen	
	in EUR	in %
Land Steiermark	24.224,28	66,7%
Stadt Graz	12.112,14	33,3%
	<u>36.336,42</u>	<u>100,0%</u>

Geschäftsführung: Mag. Erwin Hauser

Gesellschaftsgröße: kleine Kapitalgesellschaft

AKTIVA		31.12.2009	31.12.2008	PASSIVA		31.12.2009	31.12.2008
	€	€	T€		€	€	T€
A. ANLAGEVERMÖGEN				A. EIGENKAPITAL			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände				I. Stammkapital			
1. Software		2.489,23	4	Stammeinlage		36.336,42	36
II. Sachanlagen				II. Kapitalrücklagen			
1. Betriebs- und Geschäftsausstattung		633.833,74	802	1. nicht gebundene		36.202,09	4
III. Finanzanlagen				III. Bilanzverlust		0,00	-35
1. Wertpapiere (Wertrechte) des Anlagevermögens		5.171,69	5	<i>davon Verlustvortrag</i>		-34.747,45	-35
		<u>641.494,66</u>	<u>811</u>			<u>72.538,51</u>	<u>5</u>
B. UMLAUFVERMÖGEN				B. SONDERPOSTEN FÜR INVESTITIONSZUSCHÜSSE			
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				I. verbrauchte Investitionszuschüsse		622.112,21	789
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	54.900,51		123				
2. sonstige Forderungen und Vermögensgegenstände	<u>23.870,88</u>		<u>20</u>	C. RÜCKSTELLUNGEN			
		78.771,39	144	1. Rückstellungen für Abfertigungen	3.166,00		21
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten		341.133,54	333	2. Steuerrückstellungen	8.200,00		8
		<u>419.904,93</u>	<u>476</u>	3. sonstige Rückstellungen	<u>232.417,51</u>		<u>237</u>
C. RECHNUNGSABGRENZUNGS- POSTEN		<u>1.320,00</u>	<u>4</u>		243.783,51		266
				D. VERBINDLICHKEITEN			
				1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	97.837,01		192
				2. sonstige Verbindlichkeiten	26.448,35		28
				<i>davon aus Steuern</i>	4.613,04		5
				<i>davon im Rahmen der sozialen Sicherheit</i>	<u>8.435,31</u>		<u>9</u>
					124.285,36		221
				E. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN		0,00	10
SUMME AKTIVA		<u>1.062.719,59</u>	<u>1.291</u>	SUMME PASSIVA		<u>1.062.719,59</u>	<u>1.291</u>

	2009 €	2008 T€
1. Umsatzerlöse	811.566,43	757
2. sonstige betriebliche Erträge		
a) Erträge aus dem Abgang vom Anlagevermögen	0,00	0
b) Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	0,00	7
c) übrige	245.194,10	240
	245.194,10	247
3. Aufwendungen für Material und sonstige bezogene Herstellungsleistungen		
a) Materialaufwand	24.196,74	33
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	179.817,27	189
	204.014,01	221
4. Personalaufwand		
a) Löhne	70.791,47	66
b) Gehälter	226.401,87	232
c) Aufwendungen für Abfertigungen und Leistungen an betriebliche Mitarbeitervorsorgekassen	492,33	4
d) Aufwendungen für gesetzlich vorgeschriebene Sozialabgaben sowie vom Entgelt abhängige Abgaben und Pflichtbeiträge	99.648,93	78
e) sonstige Sozialaufwendungen	3.058,74	2
	400.393,34	382
5. Abschreibungen		
a) auf Sachanlagen	203.994,18	218
6. sonstige betriebliche Aufwendungen		
a) Steuern, soweit sie nicht unter Steuern vom Einkommen und vom Ertrag fallen	9.518,38	7
b) übrige	684.116,78	692
	693.635,16	699
7. Zwischensumme aus Z 1 bis 6 (Betriebserfolg)	-445.276,16	-517
8. Erträge aus anderen Wertpapieren	197,49	0
9. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.812,04	9
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	7,99	0
11. Zwischensumme aus Z 8 bis 10 (Finanzerfolg)	2.001,54	9
12. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-443.274,62	-508
13. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	1.750,00	2
14. Jahresfehlbetrag	-445.024,62	-510
15. Auflösung von Kapitalrücklagen		
a) nicht gebundener	479.772,07	510
16. Jahresgewinn	34.747,45	0
17. Verlustvortrag aus dem Vorjahr	-34.747,45	-35
18. Bilanzverlust	0,00	-35

5. Anhang für das Geschäftsjahr 2009

5.1. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Allgemeine Grundsätze

Der Jahresabschluss zum 31.12.2009 wurde nach den Bestimmungen der österreichischen Rechnungslegungsvorschriften erstellt. Es wurden dabei die Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung und Bilanzierung sowie die Generalnorm, ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens zu vermitteln, beachtet.

Bei der Erstellung des Jahresabschlusses wurde der Grundsatz der Vollständigkeit eingehalten.

Bei der Bewertung der einzelnen Vermögensgegenstände und Schulden wurde der Grundsatz der Einzelbewertung beachtet und eine Fortführung des Unternehmens unterstellt.

Dem Vorsichtsprinzip wurde dadurch Rechnung getragen, dass nur die am Abschlussstichtag realisierten Gewinne ausgewiesen wurden. Allen erkennbaren Risiken und drohenden Verlusten wurde entsprechend Rechnung getragen.

Anlagevermögen

Sachanlagevermögen

Das Sachanlagevermögen wurde zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten angesetzt und, soweit abnutzbar, um planmäßige Abschreibungen vermindert.

Die planmäßige Abschreibung wird linear vorgenommen, wobei für die einzelnen Anlagengruppen folgende Nutzungsdauer zugrundegelegt wird:

Sachanlagevermögen	Nutzungsdauer in Jahren
Betriebs- und Geschäftsausstattung	3 - 10

Finanzanlagen

Finanzanlagen wurden zu Anschaffungskosten angesetzt und soweit notwendig außerplanmäßige Abschreibungen durchgeführt.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände wurden mit dem Nennwert angesetzt.

Fremdwährungsforderungen wurden mit ihrem Entstehungskurs oder mit dem niedrigeren Devisenkurs zum Bilanzstichtag bewertet.

Im Falle erkennbarer Einzelrisiken wurde der niedrigere beizulegende Wert angesetzt.

Rückstellungen**Rückstellungen für Anwartschaften auf Abfertigungen**

Die Abfertigungsrückstellung wurde in Höhe der fiktiven Ansprüche zum 31.12.2008 gebildet. Die steuerliche Abfertigungsrückstellung wurde im Jahre 2002 steuerfrei aufgelöst.

Steuerrückstellungen

Bei den Steuerrückstellungen handelt es sich um die Rückstellung für noch nicht veranlagte Körperschaftsteuer.

Sonstige Rückstellungen

In den sonstigen Rückstellungen wurden unter Beachtung des Vorsichtsprinzips alle im Zeitpunkt der Bilanzerstellung erkennbaren Risiken und der Höhe oder dem Grunde nach ungewisse Verbindlichkeiten mit den Beträgen berücksichtigt, die nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung erforderlich sind.

Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten sind mit dem Rückzahlungsbetrag unter Bedachtnahme auf den Grundsatz der Vorsicht ermittelt.

5.2. Erläuterungen zu einzelnen Posten der Bilanz

Entwicklung des Anlagevermögens

Die Entwicklung der einzelnen Posten des Anlagevermögens und die Aufgliederung der Jahresabschreibung nach einzelnen Posten (§ 226 Abs. 1 UGB) ist aus dem beiliegenden Anlagespiegel ersichtlich.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Die nachfolgende Darstellung zeigt die Restlaufzeiten der in der Bilanz ausgewiesenen Forderungen:

	Gesamtbetrag €	davon Restlaufzeit bis 1 Jahr €
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	54.900,51	54.900,51
sonstige Forderungen und Vermögensgegenstände	23.870,88	23.870,88
	<u>78.771,39</u>	<u>78.771,39</u>

Eigenkapital

Das Eigenkapital in Höhe von € 72.538,51 setzt sich zum 31. Dezember 2009 aus dem Stammkapital in Höhe von € 36.336,42 und dem Bilanzverlust in Höhe von € 0,00 zusammen. Im Detail entwickelten sich diese Positionen wie folgt:

Stammkapital	31.12.2009 €	31.12.2008 €
Stammkapital	<u>36.336,42</u>	<u>36.336,42</u>

Entwicklung des Bilanzgewinnes:

Bilanzverlust per 01.01.2009	-34.747,45
Gewinnausschüttung	<u>0,00</u>
Verlustvortrag aus dem Vorjahr	-34.747,45
Jahresgewinn	<u>34.747,45</u>
Bilanzverlust per 31.12.2009	<u>0,00</u>

Investitionszuschüsse

Die Investitionszuschüsse haben sich im Geschäftsjahr 2009 wie folgt entwickelt:

	Stand 01.01.2009	Zugang	Abgang	Verbrauch	Stand 31.12.2009
	€	€	€	€	€
I. Verbrauchte Investitionszuschüsse	<u>788.786,40</u>	<u>27.613,92</u>		<u>194.288,11</u>	<u>622.112,21</u>

Verbindlichkeiten

Zur Fristigkeit der in der Bilanz ausgewiesenen Verbindlichkeiten werden folgende Erläuterungen gegeben:

	Gesamtbetrag €	davon Restlaufzeit bis 1 Jahr €
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	97.837,01	97.837,01
sonstige Verbindlichkeiten	26.448,35	26.448,35
<i>davon aus Steuern</i>	<i>4.613,04</i>	<i>4.613,04</i>
<i>davon im Rahmen der sozialen Sicherheit</i>	<i>8.435,31</i>	<i>8.435,31</i>
	<u>124.285,36</u>	<u>124.285,36</u>

5.3. Sonstige Pflichtangaben

Zahl der Arbeitnehmer

Die durchschnittliche Zahl der Arbeitnehmer gegliedert nach Arbeitern und Angestellten beträgt (§ 239 Abs. 1 Z 1 HGB):

	2009
Arbeiter	4
Angestellte	<u>6</u>
Gesamt	<u><u>10</u></u>

Angaben zu den Mitgliedern der Geschäftsführung

Im Geschäftsjahr 2009 waren folgende Personen für die Geschäftsführung tätig:

Mag. Erwin Hauser

Aufsichtsrat:

Dr. Ludwig Sik (Vorsitzender)
Mag. Martin Titz (Stellvertreter des Vorsitzenden)
Dr. Franz Gölles
Bernhard Hadler (ab 18.10.2008)
Mag. Bernhard Rinner

Graz,

Name:

Unterschrift:

Mag. Erwin Hauser

.....

	Entwicklung zu Anschaffungs- und Herstellungskosten					Entwicklung der Abschreibungen					Buchwerte	
	Stand 01.01.2009 €	Zugang €	Umbuchung €	Abgang €	Stand 31.12.2009 €	Stand 01.01.2009 €	Zugang €	Abgang €	Zuschreibung €	Stand 31.12.2009 €	Stand 31.12.2008 €	Stand 31.12.2009 €
A. ANLAGEVERMÖGEN												
I. Immaterielle Vermögensgegenstände												
1. Software	12.535,00	0,00	0,00	0,00	12.535,00	8.279,10	1.766,67	0,00	0,00	10.045,77	4.255,90	2.489,23
II. Sachanlagen												
1. Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.878.268,59	27.613,92	0,00	0,00	1.905.882,51	1.076.565,33	195.483,44	0,00	0,00	1.272.048,77	801.703,26	633.833,74
III. Finanzanlagen												
1. Wertpapiere (Wertrechte) des Anlagevermögens	5.171,73	0,00	0,00	0,00	5.171,73	0,04	0,00	0,00	0,00	0,04	5.171,69	5.171,69
	1.895.975,32	27.613,92	0,00	0,00	1.923.589,24	1.084.844,47	197.250,11	0,00	0,00	1.282.094,58	811.130,85	641.494,66

	Stand 01.01.2009 €	Verwendung €	Auflösung €	Zuweisung €	Stand 31.12.2009 €
1. Rückstellungen für Abfertigungen					
Rückstellung für Abfertigungen	20.589,00	0,00	17.423,00	0,00	3.166,00
2. Steuerrückstellungen					
Rückstellung KVSt	8.200,00	0,00	0,00	0,00	8.200,00
3. sonstige Rückstellungen					
Rst. Rechts-u.Beratungsk.	10.000,00	10.000,00	0,00	10.000,00	10.000,00
Rst. nicht kons Urlaube	14.364,00	14.364,00	0,00	4.544,00	4.544,00
Rst. Gutstunden	5.046,00	5.046,00	0,00	1.504,00	1.504,00
Rückstellung sonstiges	208.000,00	0,00	0,00	8.369,51	216.369,51
	<u>237.410,00</u>	<u>29.410,00</u>	<u>0,00</u>	<u>24.417,51</u>	<u>232.417,51</u>
	<u>266.199,00</u>	<u>29.410,00</u>	<u>17.423,00</u>	<u>24.417,51</u>	<u>243.783,51</u>